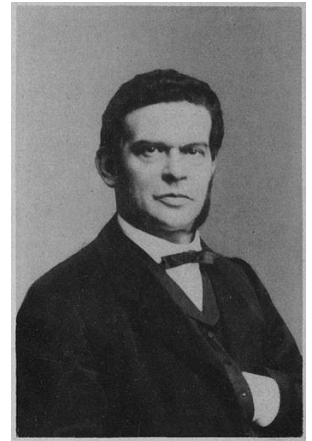


## Gesellschaft für sociale und politische Interessen der Juden

*Diese Gesellschaft wurde 1845 von dem Lehrer und Politiker Anton Rée und von dem Rabbiner Gotthold Salomon gegründet. Sie beide wollten die deutschen Juden zu einer selbstbewussten Emanzipation und zur Gleichstellung führen, ohne dass dafür das Judentum aufgegeben wurde.*



Anton Rée

1

Gotthold Salomon

2 (S. 434) Das drückende Bewußtsein der ungenügenden Stellung der

3 Juden Deutschlands in der Gesellschaft und im Staate, hat am 10. November 1845 mehrere  
4 Gleichgesinnte zusammentreten (S. 435 ) veranlaßt, um zur Besserung jenes Verhältnisses das den  
5 vereinten Kräften von Privaten Erreichbare beizutragen. In vorbereitenden Versammlungen waren  
6 ihre Bemühungen darauf gerichtet, sich zunächst die Bedeutung solcher Bestrebungen und deren  
7 Zusammenhang mit allgemeineren Zeitfragen klar zu machen, gleichzeitig aber auch das Gebiet der  
8 entsprechenden praktischen Wirksamkeit durch Versuche in Bezug auf einzelne Zweige des  
9 Schulwesens und der Gewerbethätigkeit zu erforschen. Das veröffentlichte Programm enthält zuerst  
10 folgende einleitende Grundsätze:

11 1) Die Aufgaben, den trennenden Einfluss confessioneller Verschiedenheiten auf das politische und  
12 sociale Leben zu beseitigen, macht in ihrer Anwendung auf die Verhältnisse der Juden den Inhalt der  
13 Judenfrage aus.

14 2) So weit sich die Judenfrage auf die Einräumung der zur Zeit der noch vorenthaltenen bürgerlichen  
15 und politischen Rechte bezieht, ist sie ein integrierender Theil der allgemeineren Frage der  
16 Gewissensfreiheit.

17 3) So weit sie sich auf die Ausgleichung der auf dem Gebiete des Verkehrs und geselligen Lebens  
18 noch vorhandenen Verschiedenheiten bezieht, ist sie mit anderen nationalen Bestrebungen darauf  
19 gerichtet, durch Einigung in Geist, Gesinnung, Sprache und Sitte die Einheit des Gesamtvaterlandes  
20 zu fördern.

21 4) In der Judenfrage sind die beiden erwähnten an sich selbständigen Aufgaben nicht ohne die  
22 lebendigste Wechselwirkung. Die Vorenthaltung bürgerlicher Rechte setzt einer vollständigen  
23 socialen Ausgleichung unüberwindliche Hindernisse entgegen. Andererseits würde ein innigeres  
24 gegenseitiges Anschliessen der Bekenner verschiedener Religionen ein tieferes allseitiges Bedürfniss  
25 nach bürgerlicher Gleichstellung hervorrufen.

26 5) Die ohnehin einem wesentlich anderen, und zwar durchaus selbständigen Gebiete angehörenden  
27 religiösen Fragen des Judenthums sind im Interesse sowohl der Gewissensfreiheit, als der nationalen  
28 Einheit von der Judenfrage scharf zu sondern. - ...

Aus: Hamburger Adreßbuch. Hamburg 1849 (Auszug)S. 434-435. Bilder aus: [http://digitalisate.sub.uni-hamburg.de/index.php?id=1913&tx\\_dlf%5Bid%5D=3722&tx\\_dlf%5Bpage%5D=1&tx\\_dlf%5Bpointer%5D=3&tx\\_dlf%5Bdouble%5D=0und digitalisate.sub.uni-hamburg.de/detail.html?tx\\_dlf\[id\]=11193&tx\\_dlf\[page\]=2&tx\\_dlf\[pointer\]=0&tx\\_dlf\[double\]=0&cHash=935772092bedb95cb664f36bdae6e72c](http://digitalisate.sub.uni-hamburg.de/index.php?id=1913&tx_dlf%5Bid%5D=3722&tx_dlf%5Bpage%5D=1&tx_dlf%5Bpointer%5D=3&tx_dlf%5Bdouble%5D=0und digitalisate.sub.uni-hamburg.de/detail.html?tx_dlf[id]=11193&tx_dlf[page]=2&tx_dlf[pointer]=0&tx_dlf[double]=0&cHash=935772092bedb95cb664f36bdae6e72c)